

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 312. Die 'Lodzer Volkszeitung' erscheint täglich morgens...

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer 109

Anzeigenpreise: Die sieben-spaltige Millimeterzeile 15 Groschen...

Pogromstimmung in ganz Polen.

Die judenfeindlichen Ausschreitungen nehmen an Umfang und an Stärke in ganz Polen zu.

Gestern fand in Warschau eine Konferenz des Wojewoden Jaroszewicz mit dem Kommandanten der Polizei...

Die Lage in Warschau hat sich im allgemeinen verschlechtert. Die Studenten rufen zu neuen Demonstrationen auf.

In den späten Abendstunden hat die militärisch-polizeiliche Abteilung des Warschauer Magistrats ungefähr 200 militärische Stellungsbefehle an Studenten zugestellt.

Die Aufforderung zur Abfolgerung der Militärdienstpflicht erhielten diejenigen Studenten, Christen und Juden, die während den Ausschreitungen von der Polizei gestellt und gegen die Protokolle aufgenommen wurden.

Der Regierungskommissar beschlagnahmte eine Bekanntmachung über den stattzufindenden Gottesdienst für den in Wilno bei den Schlägereien erschlagenen Studenten Wacławski...

In Lemberg fand gestern eine große Studentenversammlung statt, an der auch die Professoren teilnahmen.

In Wilno wurde gestern der Student Wacławski unter großer Anteilnahme beerdigt. Nach der Beerdigung versuchten die Studenten einen Umzug zu organisieren.

In Posen veranstalteten Studenten in den späteren Abendstunden einen großen Umzug durch die Straßen der Stadt.

Auch in Sosnowice, wo bekanntlich keine Hochschule ist, kam es gestern zu judenfeindlichen Demonstrationen, an denen ungefähr 3000 Personen teilnahmen.

In Lodz wird die Judenheke in den Mittelschulen gemacht.

Eine Gruppe von Schülern des Realgymnasiums an der Narutowiczstraße 68 in Lodz beschloß, eine Entschuldig nach Warschau zu senden...

dessen von den jüdischen Schülern entschieden abgelehnt. Eine Folge dieser Vorfälle ist, daß einige hiesige jüdische Bürger...

Lodz darf also bei dieser unwürdigen Aktion gegen die Juden nicht abseits stehen. Da aber Lodz keine Hochschule hat, so wird die Judenheke also von den Mittelschulen betrieben.

Kein Nachlassen der Krise in Sicht.

Bemerkenswerte Äußerungen des Vorsitzenden der Warschauer Handelskammer.

In der Plenarsitzung der Warschauer Industrie- und Handelskammer referierte Vorsitzender Klarner, ehemaliger langjähriger Handelsminister...

Woran gespart wird.

Die Heeresausgaben bleiben unberührt. Die Ausgaben für Volksbildung werden um 100 Millionen Zloty gekürzt.

Der Budgetvoranschlag für das Jahr 1932/33 sieht im Vergleich zum gegenwärtigen Budget eine Verringerung um 408 Millionen vor (2444 statt 2852 Millionen).

In welchem Maße die Verringerung des Budgets in den einzelnen Ministerien vorgenommen wurde, zeigt nachstehende Aufstellung:

Table with 4 columns: Ministry, 1931/32, 1932/33, Verringerung. Lists various ministries like Staatspräsident, Sejm, Senat, etc.

Wir sehen also, daß die Verringerung der Ausgaben in den einzelnen Ministerien zwischen 0,4 bis 77 Prozent schwankt.

übergehende Anzeichen zu betrachten seien, da Merkmale eines Nachlassens der Krise bisher nicht zu sehen sind.

Er nahm auch zu dem Budgetprovisorium für 1931/32 Stellung und äußerte hierbei die Ansicht, daß das Staatsbudget nicht die Summe von 2 Milliarden 200 Millionen Zloty übersteigen sollte.

Sehr ausführlich wurde in der Sitzung über die Steuergesetzgebung gesprochen. Es wurde die Notwendigkeit unterstrichen, das Projekt der Gesetzesnovelle zur Umsatzsteuer noch vor dem 1. Januar 1932 durch die Parlamente zur Annahme zu bringen.

Stark wurde auch die soziale Gesetzgebung und hauptsächlich diejenige, die den Unternehmern finanzielle Lasten auferlegt, kritisiert, da sie, nach Ansicht der Mitglieder der Industrie- und Handelskammer, auf das Wirtschaftsleben hemmend einwirkt.

kommenden Jahre für Volksbildung (Unterrichtsministerium) nahezu 100 Millionen weniger ausgegeben, für öffentliche Arbeiten wird nur noch ein Drittel der diesjährigen Summe ausgegeben werden dürfen.

Fast bis zu einem Minimum wurden die Ausgaben für das Ministerium für Bodenreform, und zwar um 77 Prozent, gestrichen.

Das Budget, das normalerweise durch das Parlament ganz eingehend behandelt werden müßte, wird zweifellos von der Sejmtheit ebenso wie alle übrigen Regierungsvorlagen kritiklos angenommen werden.

Neuerliche Kürzung der Beamtengehälter

In den letzten Tagen sind in Warschauer politischen Kreisen Gerüchte über eine bevorstehende erneute Herabsetzung der Gehälter der Staatsbeamten aufgetaucht.

17. Tag des Brest-Prozesses.

Die Anklagezeugen versagen

Eine Zeugin will nicht schwören. — In Brest wurde nicht nur gefragt, sondern... Heute Beginn der Aussagen der Entlastungszeugen.

Die gestrige Verhandlung des Brest-Prozesses begann zur üblichen Zeit. Die Rechtsanwältinnen erscheinen erst nach der Sitzungseröffnung, mit Ausnahme der Anwältinnen Berenson und Rudzinski. Die gestrige Gerichtsverhandlung war der Beendigung des Verhörs der Anklagezeugen gewidmet. Es sind noch 12 solcher Zeugen zu verhören. Die Zeugenaussagen betreffen die bereits bekannnten Umstände der Versammlung vom 14. September.

Als erster Zeuge sagt der Hausbesitzer Bajewski aus. Er spricht sehr leise, da er krank ist. Er berichtet, daß am 14. September eine Gruppe Männer vor seiner Parterrewohnung stand und einer von ihnen habe gesagt: „Wir haben einen guten Wirrwarr hervorgerufen. Sozief warf eine Bombe und hielt sich gut“. Zeuge erinnert sich nicht an seine Aussagen vor dem Untersuchungsrichter und bittet, ihm dieselben zu verlesen. Aus diesen Aussagen ist zu ersehen, daß die Wohnung des Zeugen sich gegenüber dem Lokal des U.N. befindet.

Der nächste Zeuge Falkowski, Leiter einer Untersuchungsbrigade, befand sich auf der Versammlung in der „Dolina Szwarzarka“. Es wurden, seiner Meinung nach, einige der Reden im gemäßigten Tone gehalten, die anderen dagegen wirkten aufreizend. Zu den letzteren rechne der Zeuge die Rede des Rechtsanwalts Kosmowski und der Frau Dr. Budzynska-Isleca, wenn er auch zur Rede dieser nicht zugegen war. Der Abgeordnete Arciszewski forderte die Anwesenden zum ruhigen Auseinandergespräch auf, da, wie er sagte, eine Provokation zu befürchten sei. Trotzdem wurde ein Demonstrationszug gebildet.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er nichts mehr in dieser Angelegenheit wisse, erzählt Zeuge, daß er einen Bericht von Geheimagenten über die Verhaftungen der Abgeordneten im Sejmhotel hatte, in dem gesagt war, daß der Abgeordnete Barlicki, als man ihn verhaftete, gerufen habe: „Rettung! Banditen haben mich überfallen!“

Rechtsanwalt Berenson: War in den Ansprachen auch die Rede davon, daß die Wahlen den Sieg über den Terror bringen werden?

— Ich glaube, ja.

— Also die Redner sprachen von ihrem Glauben in die kommenden Wahlen?

— Ja, aber nicht alle.

— Wurde gesagt, daß in der Vorwahlzeit die Sanacja sich durch Rücksichtlichkeit wehren wird?

— Jawohl.

Staatsanwalt Grabowski will vom Zeugen einen ausführlichen Bericht über die Ansprachen. Da Zeuge nicht imstande ist, zu berichten, beantragt der Staatsanwalt die Verlesung der früheren Aussagen. Die Verteidiger rufen: „Wir bitten sehr! Wir opponieren nicht!“

Der Staatsanwalt beginnt den Bericht über eine der späteren Reden zu verlesen, worauf Rechtsanwalt Berenson bemerkt: „Wenn schon gelesen werden soll, dann bitte von Anfang an“. Damit wurde das Verhör dieses Zeugen beendet.

Der nächste Zeuge ist eine Frau. Es ist dies die zweite Zeugin in diesem Prozeß. Die erste, eine Geheimagentin, erhielt von der Verteidigung den Beinamen „X 27“; die zweite bereitete gleich bei Beginn des Verhörs dem Gericht eine Ueberraschung.

— Wie alt sind Sie?

Die Zeugin schweigt.

— Ich frage, wie alt Sie sind?

— 44.

Das Gericht beschließt, die Zeugin zu vereidigen. Das Gericht, die Staatsanwältinnen, die Verteidiger, die Angeklagten stehen auf. Als der Vorsitzende mit dem Vorsprechen der Eidesformel beginnt, erklärt die Zeugin: „Ich werde nicht schwören“.

Vorsitzender: Warum?

Die Zeugin wiederholt entschlossen: Ich werde nicht schwören!

— Erkennen Sie den Schwur nicht an?

— Jawohl, aber ich werde auch ohne Schwur die Wahrheit sagen.

Es entsteht eine peinliche Situation. Alle erwarten das Vorgehen des Vorsitzenden.

Vorsitzender (an die Ankläger und Verteidiger gewandt): Vielleicht befreien Sie die Zeugin von der Ablegung eines Eides?

Die Verteidigung erklärt sich dagegen.

Als der Vorsitzende noch einmal die Zeugin auffordert, zu schwören, erklärt die Zeugin wieder: „Ich sagte schon, daß ich nicht schwören werde“.

Vorsitzender: Ich bitte zu schwören, da Sie sonst bestraft werden.

Die Zeugin schweigt.

Die Verteidiger beraten sich schnell untereinander und Rechtsanwalt Berenson erklärt: „Wir befreien die Zeugin vom Schwur. Es ist schwer, jemand zur Schwurleistung zu zwingen“.

Die Zeugin sagt aus, daß sie an der Versammlung vom 14. September teilgenommen habe, an die Reden erinnere sie sich nicht mehr. Die Versammlung war für-

mich und sie selber war erregt.

Staatsanwalt Grabowski: Beteten Sie, damit es zu keinem Blutvergießen käme?

— Jawohl.

Staatsanwalt: Aha, Sie erwarteten für die Zukunft Blutvergießen?

Rechtsanwalt Berenson (lachend): Was für ein Blutvergießen für die Zukunft! Vielleicht noch vor dem Anschlag?!

Staatsanwalt: Ich bitte, die Aussagen des Zeugen ohne die heiteren Kommentare des Verteidigers zu protokollieren.

Rechtsanwalt Berenson: Die Kommentare können in Folge der Schlüsse des Staatsanwalts nicht traurig sein.

Zeuge Polizeikommissar Kones — früher in Warschau, jetzt stellvertretender Polizeikommandant in Lemberg — berichtet über die Auflösung des Demonstrationszuges und die dabei vorgenommenen Verhaftungen.

Rechtsanwalt Sterling: Wieviel Personen wurden verhaftet?

— Ungefähr 200 Personen.

Rechtsanwalt Rudzinski: Ist beim Garten Refekt ein Lokal der Regierungspartei?

Zeuge denkt nach.

— Dort, wo die Bombe geworfen wurde. Sie haben doch lange Jahre in Warschau gedient, Sie kennen doch Warschau ausgezeichnet.

— Jawohl.

Der Zeuge Polizeiuferkommandant Szejzenowki nahm gleichfalls an der Auflösung des Demonstrationszuges vom 14. September teil. Er berichtet darüber ausführlich. Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß den Demonstrationszug zuerst die berittene Polizei angegriffen und daß die Polizei geschossen habe.

Rechtsanwalt Berenson: Zeuge sagte, daß die Demonstrationssteilnehmer zum Auseinandergespräch aufgefordert wurden, aber dies geschah erst, als die berittene Polizei den Zug von hinten angriff. Wurde die Spitze des Zuges zum Auseinandergespräch aufgefordert?

— Die Spitze des Zuges nicht.

— Ich danke Ihnen, um dies ging es mir.

Hierauf beantragte Rechtsanwalt Sterling die Vorladung des Mittmeisters Tumiloficz und eines gewissen Salwin, die bezeugen können, daß die Demonstranten nicht aufgefordert wurden, auseinanderzugehen. Das Gericht lehnt den Antrag mit der Begründung, daß ihre Aussagen keine Bedeutung für die Prozeßsache haben können, ab.

Der Thorner Starost Staniszewski berichtet über die Zwischenfälle in Thorn vom 14. September 1930. Nach der Versammlung im Saale „Victoria“ organisierte sich ein Demonstrationszug. An der Spitze des Zuges waren Parteiführer, an der Seite gingen Milizleute der P.P.S. Zeuge stellte sich dem Demonstrationszug entgegen und forderte zum Auseinandergespräch auf, da der Zug verboten war. Trotzdem er erklärt habe, daß er der Starost sei, wurde er geschlagen, wobei ihm 3 Wunden am Kopf beigebracht wurden. Zeuge mußte sich ins Krankenhaus begeben. Er könne deshalb über den weiteren Verlauf der Zwischenfälle nur auf Grund der vom Polizeikommandanten erhaltenen Berichte ausagen. Die Bemühungen des Abg. Dr. Pragier hatten leider keinen Erfolg. Die Demonstranten gingen nicht freiwillig auseinander. Es stießen Schüsse und die Polizei mußte die Demonstranten

auseinandertreiben. Nachher wurden von der Polizei Revisionen ausgeführt und annähernd 50 Personen verhaftet, die alle von auswärts stammten.

Vorsitzender: Waren Veruche, die Polizei zu entwaffnen?

— Dies ist schwer zu sagen, die Demonstration war.

Staatsanwalt: Hat die Polizei geschossen?

— Nein, sie hatte Instruktionen, nicht zu schießen.

Zeuge berichtet dann über die bereits stattgefundenen Gerichtsprozesse wegen dieser Zwischenfälle, in denen eine Anzahl der Angeklagten mit Gefängnis von 6 Monaten bis zu 2 Jahre bestraft wurde.

Rechtsanwalt Berenson: Haben die Organisatoren der Versammlung gesagt, daß der Umzug verboten sei?

— Jawohl.

— Haben Sie auch auf die Massen eingewirkt, daß sie auseinandergehen sollten?

— Ja.

Die zwei nächsten Zeugen sagen nichts Wesentliches aus.

Der Zeuge Munk, Polizeikommandant in Tarnow, sagt aus, daß er bei mehreren Versammlungen der Abgeordneten Witos und Ciolosz zugegen war, aber immer habe er gehört, daß sie zum Kampfe mit der Regierung auf parlamentarischen Wege aufgefordert haben.

Auf die Frage der Verteidigung, ob Waffen gefunden worden seien, antwortet Zeuge: „2 alte österreichische Säbel und 8 Bajonette“.

Hierauf wird der Zeuge Magier verhört. Sein Gesichtsausdruck weist darauf hin, daß er noch nie als Zeuge aufgetreten ist.

Auf die Frage des Vorsitzenden, was er wisse, erfolgt die Antwort: „Ich weiß nichts. Unser Großvater war nie im Gericht. Ich weiß auch nichts“. Im Gerichtssaal erschallt Lachen.

Vorsitzender: Was haben Sie in der Versammlung gehört?

— Ich war nicht dort, denn dort war eine Menge Leute.

— Aber geredet wurde doch dort?

— Nun ja, man hat gesprochen, wie in einer Versammlung. Der Herr Richter wird doch als mehr Gebildeter besser wissen, was man in einer Versammlung redet. (Im Gerichtssaal allgemeines Lachen.)

Der Gerichtsvorsitzende sieht ein, daß er vom Zeugen nichts erfahren könne und versucht ihn freizugeben, aber da stellt Rechtsanwalt Szurlej die Frage: Wer hat Sie verhört?

— Der Polizist sagte mir was, ich nickte mit dem Kopf und dann unterschrieb ich ein Papierchen, auf dem der Polizist geschrieben hatte.

Der Verteidiger bittet dies zu protokollieren.

Während des Zeugenverhörs fragt der Gerichtsvorsitzende den Angeklagten Witos, ob er im eine „gewisse“ Frage beantworten werde.

Witos: Ich werde nicht antworten.

Ciolosz steht erregt auf und ruft: In Brest ist nicht nur gefragt worden, sondern...

Vorsitzender: Ich rufe Sie zur Ordnung.

Die Aussagen der Zeugen der Anklage sind beendet. Heute wird mit dem Verhör der Zeugen der Verteidigung begonnen.

Vor dem Scheitern der Indientonferenz.

London, 13. November. Einer Reuter-Meldung zufolge ist die Konferenz am runden Tisch als gescheitert zu betrachten, da die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Hindus und Mohammedanern in nahezu dreimonatiger Verhandlung nicht ausgeglichen werden konnten.

In der heutigen Sitzung der englisch-indischen Konferenz gab Gandhi seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Konferenz, die mit so viel Trompetengeschmetter ins Leben gerufen worden sei, jetzt ein so trauriges Ende nehme. Die ausgearbeiteten Vorschläge seien für die indische Nationalbewegung unannehmbar.

Der Minderheitenausschuß der Indien-Konferenz wurde schließlich auf unbestimmte Zeit vertagt. In Londoner politischen Kreisen nimmt man an, daß die Schlußsitzung der Indien-Konferenz in der nächsten Woche stattfinden und daß Gandhi dann Ende der nächsten Woche die Rückreise nach Indien antreten wird.

Das Kabinett befahte sich heute in einer mehr als zweistündigen Sitzung mit der indischen Frage.

Beschränkung der Einfuhr in England.

London, 13. November. Das englische Kabinett wird heute vormittag eine Gesetzesvorlage beschließen, durch welche der Regierung Vollmachten zu Maßnahmen

über die Einfuhrbeschränkungen geben wird. In Londoner politischen Kreisen heißt es, daß die Bestimmungen zur Beschränkung der Einfuhr nur in außergewöhnlichen Fällen und nach vorheriger Unterjudung durch das englische Handelsministerium angewandt werden sollen. An die Einführung von genannten Notzöllen für bestimmte Waren sei nicht gedacht. Man erwartet, daß das Gesetz über die Einfuhrbeschränkung in den nächsten Wochen vom englischen Parlament verabschiedet werden wird.

Eröffnung des Parteitags der österreichischen Sozialdemokratie.

Wien, 13. November. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs eröffnete heute ihren Parteitag in Graz in der Steiermark. Abg. Dr. Deutsch erstattete den Bericht der Parteivertretung und der Parlamentsfraktion: die 72 Abgeordnete von insgesamt 165 Mitgliedern des österreichischen Abgeordnetenhauses zählt. Dr. Deutsch erklärte, daß sich die Parteiorganisation trotz der schweren Krise gut behauptet habe.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist auf der Tagung durch den Reichstagsabgeordneten und Chefredakteur des „Vorwärts“ Friedrich Stampfer vertreten.

Sie haben keine größeren Sorgen.

Die Legionäre bitten Pilsudski um politische Unterredungen in der Presse.

In Warschau fand unter Vorsitz des Abgeordneten der Regierungspartei Gwizdz eine Versammlung der Legionäre des Warschauer Bezirksverbandes statt, in der Dr. Dziadosz über die Pflichten der Legionäre gegenüber der herrschenden politischen und wirtschaftlichen Lage berichtete. Es wurde beschlossen, sich an Marschall Pilsudski mit der Bitte zu wenden, er möge, wie früher, Unterredungen über laufende politische Fragen der Presse geben.

Gesandter v. Moltke wieder in Warschau.

Gestern kehrte der deutsche Gesandte v. Moltke von einem Urlaub nach Warschau zurück.

Deutschland und die Abrüstungskonferenz.

Eine Erklärung des Reichswehrministers Gröner.

Berlin, 13. November. In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „Chicago Tribune“ erklärte Reichswehrminister Gröner u. a.:

„Sie fragen mich, ob Deutschland beabsichtige seine nationale Sicherheit dadurch wieder zu erhalten, daß die gleichen Abrüstungsmethoden, die 1919 auf die besiegten Länder angewandt wurden, jetzt für alle Staaten in Geltung gesetzt werden. Diese Frage trifft das Kernproblem der Abrüstung, so wie es sich von Deutschland aus darstellt. Deutschland hat das Recht auf gleiche Behandlung wie alle anderen Staaten. Deutschlands Ziel auf der Abrüstungskonferenz muß es deshalb sein, seine nationale Sicherheit wiederherzustellen, daß die anderen Staaten nach denselben Methoden abrüsten wie sie seinerzeit Deutschland auferlegt hatten, d. h. es darf den anderen Staaten nicht erlaubt sein, was Deutschland verboten ist, und umgekehrt. Verboten wurde uns z. B. seinerzeit die schwere Artillerie, die Tanks, die militärische Luftfahrt, ferner alle Kriegsschiffe über 10 000 Tonnen, alle U-Boote, sogar die Flugabwehrartillerie hat man dem deutschen Heere verboten, und weiterhin hat man Deutschland die allgemeine Wehrpflicht verboten und hat ihm im einzelnen auf das genaueste vorgeschrieben, wie seine Wehrmacht organisiert werden muß e. Diese Methoden haben zur vollkommenen Entwaffnung Deutschlands geführt. Der Beweis ist also geführt worden, daß sie eine wirksame Abrüstung verbürgen.“

Würde es nicht einen Bruch der feierlichen Verpflichtung zur Abrüstung, die alle anderen Staaten eingegangen sind, darstellen, wenn jetzt die Abrüstungskonferenz auf jene Staaten andere Methoden anwenden wollte als auf Deutschland? Aus diesem Grunde bekämpfen wir den Konventionsskizzenentwurf, den die vorbereitende Abrüstungskommission ausgearbeitet hat. Er schlägt den Grundsatz der Gleichberechtigung der Staaten ins Gesicht, in dem er den Unterschied zwischen den Siegern und Besiegten des Weltkrieges in der Weise verewigen will. Der Konventionsskizzenentwurf verbietet keine der Waffengattungen, die für Deutschland verboten sind. Kurz, er würde den Gedanken der Abrüstung unmöglich machen.

Deutschland ist jede Befestigung auf dem linken Rheiner und 50 Kilometer rechts des Rheins verboten. Es darf in dieser entmilitarisierten Zone keinen Soldaten unterhalten, Frankreich aber darf ungeheure Befestigungen so weit vorchieben, daß die deutsche Grenzbevölkerung nicht nur unter der Tragweite der französischen Geschütze, sondern sogar der französischen Maschinengewehre leben muß! Die Sicherheit Deutschlands und die Sicherheit der Welt wird erst dann wieder hergestellt sein, wenn alle Staaten nach den gleichen Methoden abgerüstet worden sind.

Sie fragen mich besonders nach meiner Meinung der Seeabrüstung. Deutschland hat gerade hier durch die Konstruktionen seiner 6000 Tonnenträger und neuerdings durch den Bau des ersten Panzerschiffes (capital ship) von 10 000 Tonnen den Beweis geführt, daß man durchaus leistungsfähige Kriegsschiffe auch in den ihm vorgeschriebenen Grenzen bauen kann. Welche Erleichterung für die Welt würde es bedeuten, wenn alle Staaten die gleichen Einschränkungen auf sich nehmen wollten.

Nun zu Ihrer letzten Frage, ob Deutschland eine größere Armee fordern wird, wenn sich die schwer gerüsteten Länder weigern sollten, die Stärke ihrer Armeen erheblich herunterzusetzen. Diese Frage würde voraussetzen, daß die Abrüstungskonferenz scheitert. Was Deutschland in einem solchen Falle tun würde, kann ich nicht sagen. Meine Meinung ist es, daß alle Völker der Welt die größten Anstrengungen machen sollten, daß die Abrüstungskonferenz nicht scheitert, sondern daß sie zu einem positiven Erfolge führt, der die Welt von der Last der Rüstungen und von der Kriegsdrohung wirksam befreit.“

Lord Cecil über Abrüstungskonferenz und Völkerbund.

London, 12. November. Lord Cecil sprach am Mittwoch abend in einer Versammlung der Völkerbundvereinigung in Liverpool über die Aufgabe der Abrüstungskonferenz, die die größte internationale Konferenz sein werde, die jemals stattgefunden habe. Er könne sich dem Urteil, daß der Völkerbund ein nutzloses Werkzeug sei, nicht anschließen. Er sei vielmehr der Meinung, daß der Völkerbund, wenn er richtig gehandhabt werde, sehr wirkungsvoll sein könne. Auch für das Bestehen des englischen Weltreiches sei der Völkerbund sehr wichtig. Lord Cecil verlangte, daß die großen Bomberflugzeuge, Unterseeboote und Schlachtschiffe zerstört werden müßten, da sie keine Kriegswaffen seien.

Laval berichtet.

Die Bedingungen für die Deutschland-Anleihe. — Verzicht auf den Anschluß und den Danziger Korridor. — Brüning hat abgelehnt.

Paris, 13. November. Einige Pariser Morgenzeitungen veröffentlichten nähere Angaben über die Erklärungen Laval's vor dem Auswärtigen und dem Finanzauschuß der Kammer, in denen er am Donnerstag u. a. unterstrich, daß in Washington angesichts der Lage in Europa und besonders in Deutschland Übereinstimmung über die Initiative zur Einberufung des Sonderauschusses bei der W.Z. in Basel geherrscht habe. In bezug auf die Pariser Konferenz vom Juli soll Laval erklärt haben, daß Frankreich eine gemeinsame Anleihe mit solidarischer Garantie zugunsten Deutschlands vorgeschlagen, wenn dieses gewisse politische Verpflichtungen einget. Über England und Italien hätten eine Beteiligung abgelehnt. Auf eine Frage, welches die politischen Bedingungen gewesen seien, habe Laval geantwortet, es habe sich vor allem um eine Entspannung der Geister in Deutschland gehandelt. Er habe Brüning erklärt, daß die französische öffentliche Meinung über gewisse Rundgebungen des Stahlhelms und der Nazis beunruhigt sei und daß alle diese Tatsachen ein Hindernis für die so wünschenswerte deutsch-französische Annäherung darstellten. Brüning habe darauf eine ebenso offene wie negative Antwort erteilt. Dieselbe Szene habe sich in London wiederholt, wo weder Deutschland eine politische Verpflichtung noch die anderen Staaten eine solidarische Garantie für eine Anleihe übernehmen wollten.

Nach dem „Echo de Paris“ habe der Abg. Guernut (unabhängige Linke) Laval gefragt: „Als es sich um die Bewilligung einer 5-Milliardenanleihe zugunsten Deutschlands handelte, haben Sie, Herr Ministerpräsident, erklärt, Frankreich könne eventuell daran teilnehmen, aber nur vorbehaltlich politischer Bedingungen. Welches sind die Bedingungen? Als solche Bedingungen, auf die von Reichkanzler Brüning ebenso freimütig wie negativ geantwortet worden sei, habe Laval genannt: Entspannung der Geister durch Verzicht auf den Anschluß und den Danziger Korridor sowie Beendigung der Rundgebungen des Stahlhelms und der Nationalsozialisten.“

Hoesch bei Laval.

Paris, 13. November. Botschafter von Hoesch hatte eine Unterredung mit Ministerpräsident Laval, die die Fortsetzung der Verhandlungen über die Einsetzung des

Sachverständigenausschusses des Young-Planes zur Nachprüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands bildete. Der deutsch-französische Wirtschaftsausschuß hielt heute vormittag seine Eröffnungsitzung ab.

Paris rüstet zur Ratstagung.

Paris, 12. November. Im Pariser Außenministerium werden bereits die Vorbereitungen für die am 16. November beginnende Tagung des Völkerbundsrat getrieben. Der Rat wird seine Sitzungen in dem Uhrensaal abhalten. Der daneben gelegene Speisesaal des Ministeriums wird der Presse als Arbeitszimmer dienen. Zur Uebermittlung der Nachrichten sind mehrere Telephonabakeln und ein Telegraphenbüro eingerichtet worden. Die geographische Abteilung des französischen Heeres hat für den Rat eine besondere Karte von der Mandschurei herstellen lassen. Außer dem französischen Außenminister werden noch die Außenminister von England und Polen an der Tagung teilnehmen. Italien wird durch Scialoja vertreten sein.

Englische Arbeiterpartei für Kriegsschuldenregelung u. Wirtschaftsvereinbarungen

London, 13. November. In der heutigen Unterhausdebatte führte das Arbeitsparteimitglied Parkinon u. a. aus, wenn nicht in der Frage der Kriegsschulden irgendeine Regelung zustandekomme, würden zahlreiche Nationen der Welt, insbesondere in Europa, bankrott werden. England müsse mutig vortreten und die Konferenz, von der schon seit so lange geredet wird, zustande bringen, um die Vereinbarung zu erzielen, auf die die Welt hofft. Es ist nicht recht, jagte Parkinon, daß eine oder zwei Nationen den anderen Ländern in der Welt im Wege stehen und fast jedes andere Land zwingen, in Bankrott zu endigen.

Auch der Liberale Harris forderte eine Wirtschaftskonferenz, die zu gleicher Zeit mit der Abrüstungskonferenz stattfinden müsse und keine Frage ausschalten dürfte, welche im Gesamtkomplex der Währungs-, Reparations-, Tarif- und Kriegsschuldenprobleme enthalten ist. Eine derartige Konferenz müsse mit möglichst geringer Verzögerung einberufen werden.

Die Japaner rücken weiter vor.

Japan behauptet, das Rußland seine Hand im Spiele habe.

London, 13. November. Nach chinesischen Meldungen kam es am Donnerstag zu einem Zusammenstoß zwischen vorrückenden japanischen Truppen, die sich in der Richtung nach Tschitar bewegten, und chinesischen Gendarmen. Mehrere japanische Reitereschwadronen sollen bereits die chinesische Ostbahn überschritten haben. Auf chinesischer Seite befürchtet man, daß die Japaner eine Umzingelung von Tschitar planen.

Ueber die Operationen des Generals Ma verlautet, er wolle sein Hauptquartier nach Tainanzen verlegen. Ähnliche japanische Meldungen aus Tokio belegen, daß Ma von russischer Seite unterstützt werde. Das japanische Kriegsministerium teilt mit, daß in den letzten Tagen 15 mit Waffen und Munition beladene Eisenbahnwagen in Angang eingetroffen sind, die Ma zur Verfügung gestellt werden sollen. Ebenso soll ein russischer Stabsoffizier in Angang eingetroffen sein. Ma habe eine Verstärkung von 2000 Mann erhalten, die sich aus Sowjetrussen, Chinesen und Koreanern zusammensetzen. Zwischen ihm und General Yang, dem Stabschef Tschanghsueiang, der südlich von Tschintschau mit 20 000 Mann stehe, sollen Verhandlungen über einen sofortigen zweiseitigen Angriff gegen die Japaner von Norden und Süden geführt werden.

Japan entsendet neue Flugzeuge nach der Mandschurei.

Tokio, 13. November. Die Militärbehörden haben Anweisung gegeben, Flugzeuge nach der Mandschurei zu entsenden als Ersatz für diejenigen, die im Verlaufe der letzten Ereignisse zerstört worden sind.

Tokio, 13. November. Nach einer Zeitungsmeldung soll das japanische Konsulat in Tschitar belagert und der Konsul sowie das Personal gefangen genommen worden sein.

Genf, 13. November. Die chinesische Regierung weist in einer neuen Note auf die Verschärfung der Lage in der Mandschurei hin und ersucht den Völkerbundsrat, neutrale Beobachter zu entsenden, um sich ein objektives Bild über die militärische Tätigkeit der Japaner zu machen. Gerüchweise verlautet, daß Japan diesem Gedanken nicht mehr so unachgiebig gegenüberstehe, wie vor einigen Wochen.

Amerikanischer Vermittlungsvorschlag zur Beilegung des Konflikts.

London, 13. November. Wie der stellvertretende amerikanische Außenminister mitteilt, soll dem Völkerbunds-

rat bei seiner Pariser Tagung in der nächsten Woche zur Beilegung des chinesisch-japanischen Konfliktes ein Vermittlungsvorschlag unterbreitet werden. Dem englischen halbamtlichen Nachrichtenbüro zufolge äußerte der Minister die Hoffnung, daß sowohl die chinesische wie die japanische Regierung den Vorschlag annehmbar finden werde. Dagegen lehnte es der Minister ab, Einzelheiten über den Plan bekanntzugeben.

Eine Aktion des ehem. chinesischen Kaisers

London, 12. November. Reuter gibt chinesische Meldungen aus Tientsin und Mukden wieder, wonach der ehemalige Kaiser von China auf der Fahrt nach Mukden in Dairen eingetroffen sei und Vorbereitungen für eine Wiederherstellung des Kaiserreiches getroffen würden. Er würden mit Drachen geschmückte Fahnen hergestellt.

Amerika zieht sein Gold aus Japan zurück.

Moskau, 13. November. Nach Moskauer Meldungen aus Tokio wird dort mitgeteilt, daß der anhaltende Goldabzug aus Japan durch Amerika in japanischen Finanzkreisen Beunruhigung hervorgerufen habe. Es wird befürchtet, daß unter dem Druck der amerikanischen Goldabziehungen Japan gezwungen sein könnte, vom Goldstandard abzugehen. Eine der großen Banken in Yokohama hat bereits am 10. November den Verkauf von Devisen eingestellt unter der Begründung, daß die Vorräte erschöpft seien.

Der Sturm an der Küste des atlantischen Ozeans

tobte am Mittwoch mit unverminderter Heftigkeit weiter. In St. Nazaire erreichte der Wind eine Geschwindigkeit von 70 Kilometern in der Stunde. Durch den hohen Wellengang wurde ein Teil der alten Mole zerstört und mehrere Fischerboote durch losgelöste Felsblöcke zerschmettert. In der Nähe von Rochefort wurde ein Fischdampfer auf den Strand gesetzt. Das Schiff ist verloren. Die Besatzung konnte gerettet werden. Die Funkstation von Brest hat den Hilferuf eines norwegischen Dampfers aufgefangen, der eine schwere Havarie erlitten hat und sich in Seenot befindet. Von dem griechischen Dampfer „Georgios“, der am Dienstag Hilferufe ausgesandt hatte, fehlt jede Nachricht. In mehreren Orten sind am Strand gelegene Häuser und Hotels schwer beschädigt worden.

Der politische Bandenkrieg in Deutschland.

Samstag, 12. November. Nach Blättermeldungen aus Neu-Münster kam es dort gestern abend zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu schweren Zusammenstößen...

Chemnitz, 12. November. In Lugau, im Erzgebirge, kam es am Mittwoch abend gegen 9 Uhr nach einer nationalsozialistischen Versammlung zu schweren Zusammenstößen...

Lübeck, 12. November. Nach einer Erwerbslosenkundgebung versuchten die Kommunisten trotz des Umzugsverbots zu demonstrieren. Drei Polizeibeamte mußten in der Notwehr zum Revolver greifen...

4 622 000 Erwerbslose in Deutschland.

Die Erwerbslosigkeit hat auch in der zweiten Hälfte des Oktober erheblich zugenommen. Im wesentlichen war der neue Zustrom von Arbeitslosen durch das Ende der Herbstsaison besonders bei den landwirtschaftlichen Arbeitern bedingt...

bracht, daß seit dem tiefsten Stand der Erwerbslosigkeit im Sommer Ende Juni rund 668 000 neue Erwerbslose bei den Arbeitsämtern gemeldet sind...



Prinzessin Ingrid

die Tochter des schwedischen Kronprinzen, lernt in einer öffentlichen Schule Hauswirtschaft.

Paul Boncour wird Senator.

Gerüchte über seinen Austritt aus der sozialistischen Partei.

Paris, 13. November. Paul Boncour, der trotz seiner Wahl zum Senator am Donnerstag seinen Platz in der Kammer einnahm...

Es ist das Gerücht verbreitet, daß Paul Boncour bei seinem Uebertritt in den Senat aus der sozialistischen Partei ausscheiden und der radikalen Partei beitreten werde.

Griechischer Dampfer gesunken.

Paris, 13. November. Der griechische Dampfer „Gordios“ ist auf der Höhe von Cap Finisterre gesunken. Der Dampfer geriet bereits am Montag bei einem schweren Wirbelsturm im Kanal in Seenot.

Börsennotierungen.

Table with exchange rates for Gold, Dollar, and various currencies like London, New York, Paris, etc.

Verlagsgesellschaft „Volksprelle“ m. b. H. — Verantwortlich für den Verlag: Otto A. B. L. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dipl.-Ing. Emil Zerbe.

Advertisement for Männergesangverein „Eintracht“ featuring a theater performance of „Der Badekavalier“.

Advertisement for Gesangsaufführungen at the Baptist Church, including details about the 60th anniversary celebration.

Advertisement for Dr. med. NIEWIAZSKI, a specialist in skin and venereal diseases.

Advertisement for Sportverein „Rapid“ with details about membership and games.

Advertisement for a newly built house with features like 4 rooms and a garden.

Advertisement for the German Socialist Workers' Party of Poland, including a social evening event.

Advertisement for an old guitar and violin repair service.

Theater and cinema program listing various plays and films at different venues.

Advertisement for a gynecological clinic with a specialist doctor.

Advertisement for Dr. Heller, a specialist in skin and venereal diseases.

Large church directory listing services for various churches including Trinity, St. John, St. Peter, and others.

